

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Republik. 1918-1930
33 (1919)

192 (19.8.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-41072](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-41072)

33. Jahrgang

Die „Republik“ erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach Feiertagen und Festtagen. Abonnementpreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Zustellung 2.10 Mark, bei Abgaben von der Expedition 1.80 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 6.30 Mark, monatlich 2.10 Mark einschließlich Postgeld.

Republik

Bei den Inserenten wird die einseitige Kleinzeile oder deren Raum für die Inserenten in Kämpfing-Wilhelmshafen und Umgebung, sowie der Mittelteil mit 40 Pf. berechnet, für auswärtsige Inserenten 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklameseite 2 Mark. Plakate und Anzeigen unentgeltlich.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptexpedition: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 58

Rüstringen, Dienstag, den 19. August 1919

Redaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 1068

Reichspräsident und Kriegsgefangene.

Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft.

Deutschland ist arm; arm an Geld, an Kohlensteinen und besonders arm an Kohle. Können wir, wie 1918, unseren Bedarf decken und noch 80 Millionen Tonnen Steinkohlen ausführen, dann stände es um das deutsche Wirtschaftslieben leidlich gut und die Wunden, die ihm der Krieg geschlagen hat, würden bald heilen.

Aber mit einer starken Kohlenausfuhr ist auf viele Jahre nicht zu rechnen, denn erstens sind uns wichtige Kohlengebiete durch den Friedensvertrag verlorrengegangen, zweitens haben wir beträchtliche Kohlenmengen an die legierten Staaten zu liefern, und drittens ist die Verknappung des deutschen Bergbaus durch unendliche Faktoren erheblich zurückgegangen. Diesen großen volkswirtschaftlichen Schaden gilt es nach Möglichkeit zu mildern und diesem Zwecke dient in erster Linie der der Nationalversammlung vorgelegte Gesetzentwurf, der die Sozialisierung der Elektrizitätswirtschaft vorschlägt.

Sozialisieren jetzt voraus: Die Produktionsmittel in das Eigentum des Volkes überzuführen. Der Zweck ist: Im Volkstakt und Nationalvermögen bei der Produktion möglichst wenig aufzuwenden und die Leistungen zum Nutzen des Volkes auf den höchsten Grad zu steigern.

Die zweckmäßige Ausnutzung der im Deutschen Reich vorhandenen Elektrizitätswerte, deren Zahl rund 1000 beträgt, war und ist nicht möglich, solange Reichs-, Staats-, Kommunal- und privatrechtliche Betriebe nebeneinander im Wettbewerb stehen. Auf dem Gebiet der Stromerzeugung und Stromverteilung besteht nämlich ein großes Durcheinander, das den Wechsel von erheblicher Verschwendung von Kapitalien, Menschenkraft und Kohle deutlich aufweist. Die Großwerke, die zahlenmäßig nur 2 Prozent ausmachen, beliefern 60 Prozent aller mit elektrischer Energie versorgten Gemeinden; sie liefern 74 Prozent des Stromes und sind umlände, auch den Meist des jetzigen Bedarfs abzugeben. Schon daraus ergibt sich, daß bei zweckmäßiger Ausnutzung der Großwerke erheblich an Betriebskosten und vor allem an Kohlen gespart werden könnte. In dieses bunte Durcheinander soll und muß durch ein Reichsgesetz System gebracht werden.

Die Vorlage sieht nicht die Sozialisierung aller Leistungsebene und Werke vor, sondern sie bezieht sich zunächst darauf, die Sozialisierungswirtschaft mit über 30000 Volk, die den privaten Unternehmern zugehörigen Recht zur Ausnutzung von Wasserkräften für die Erzeugung elektrischer Kraft mit einer Leistungsfähigkeit von 5000 Kilowatt und mehr und die privaten Werke, zu denen auch die gewerblich-wirtschaftlichen Anlagen, mit einer Leistung von über 3000 Kilowatt gegen angemessene Entschädigung in Reichseigentum zu übernehmen. Mehr als 97 Prozent aller Werke verbleiben danach zunächst Privaten, Gemeindeverbänden und den Staaten.

Die Sozialisierung der Werke ist aber nicht als Hauptzweck der Vorlage zu betrachten. Sollte sie unvollständig erfolgen, so behält das eine viele Jahre dauernde Arbeit, denn die Elektrizitätswerte sind sehr häufig mit anderen Industriezweigen eng verbunden und die Lösung der Werke, die Regelung der Abfindung der Privatbesitzer und der Gemeinden stellt finanzielle und technische Schwierigkeiten dar. Das Gesetz bezweckt daher in erster Linie volkswirtschaftliche Vorteile. Die Elektrizisierung des ganzen Reiches soll nach einheitlichem Plane, unter vollster Ausnutzung der gesamten Wasserkräfte des deutschen Landes und der bedeutenden Braunkohlenlager Mitteldeutschlands erfolgen. Die dem deutschen Erwerbsleben fehlenden Manuskriptkräfte, was erst recht in die Erzeugung treten wird, wenn die Kräfte im Wirtschaftslieben sich zu beheben beginnt, sollen in Industrie und Landwirtschaft durch elektrifizierte betriebene Maschinen ersetzt werden. Dadurch wächst die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt und die Landwirtschaft wird dadurch bewahrt, Massen ausländischer Arbeiter heranzuziehen zu müssen.

Eine solche großzügige Aufgabe kann weder von privaten Gesellschaften, noch von Gemeinden, Gemeindeverbänden oder Ländern gelöst werden. Das kann nur geschehen vom Reich, dem dazu alle Macht und Mittel zur Verfügung zu stellen sind.

Ähnlich wie beim deutschen Eisenbahnen, plant die Reichsregierung in Deutschland ein Starkstromnetz zu ziehen, das die Energieüberbrücke von allen Großwerken übernimmt. Dadurch kann es die Erzeugung wie auch die Verteilung des Stromes regeln. Vorgelesen ist nicht das Recht der Preisregelung, die im unendlichen Gebiete ist. Wenn es auch notwendig ist, einen einheitlichen Tarif festzusetzen, der den Gemeinden, auszuführen, so wird es wohl angängig sein, die außerordentlich arbeitenden Großwerke zur Entlastung der weniger günstig arbeitenden mit heran-

zuziehen. Die Vorlage räumt dem Reich das Recht ein, auch kleinere Werke aus Zweckmäßigkeitsgründen zu übernehmen und wir Sozialdemokraten können nur wünschen, daß es häufig von dem Reich Gebrauch macht. Zur beratenden Mitwirkung bei Angelegenheiten der Reichs-Elektrizitätswirtschaft wird ein Beirat berufen, in dem die Länder Sitz und Stimme haben. Es ist selbstverständlich, daß in diesem Beirat Wissenschaftler und Praktiker gehören, und in der Reihe der Praktiker sollen eine Anzahl Arbeitnehmer, Arbeiter und Beamte stehen. Da das Letztere nicht vorgelesen ist, werden wir die nötige Ergänzung beantragen.

In diesem Gesetz sind die Gemeinden stark interessiert. Deren berechtigte materielle Interessen werden von der Sozialdemokratie wahrgenommen werden, wenn sich auch nicht umgehen lassen wird, daß sie wohlverordnete Rechte an die Soziet des Reiches abtreten, um damit dem Volksgangen wesentlich zu dienen.

Um das Gesetz wird voraussichtlich ein scharfer Kampf entorennen. Das Zentrum hat bei der Beratung besonderer Freude nicht Ausdruck gegeben und die Demokraten, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen haben ihre Gegnerschaft nicht gelaugnet. Sie sind Freunde des Kapitalismus und wollen das freie Spiel der Kräfte und sie leben daher bei jedem Sozialisierungsversuch Schwierigkeiten und Nachteile für das Volk. Die Unabgängigen wollen natürlich die sofortige Vollsozialisierung, sind aber auch bereit für die Vorlage einzutreten. Die Vorlage ist ein großer Schritt zum Sozialismus. Er ist um so höher zu bewerten, als in Folge der Braunkohlenbergbau Sozialisier werden soll. Wasserkräfte, Braunkohle und Elektrizität oder gehören zusammen. Sie bilden eine Einheit, mit der fernernd auf die Produktion und betreffend für die schwächende Arbeiterklasse gewirkt werden kann.

Reichspräsident und Kriegsgefangene.

Auf den offenen Brief des Bundes deutscher Frauen zur Freisetzung der Kriegsgefangenen an den Reichspräsidenten Oberst hat der Präsident mit folgendem Schreiben geantwortet: Schwerburg, den 15. August 1919. Der an mich gerichtete offene Brief wegen der Freilassung unserer Kriegsgefangenen ist zu meiner Kenntnis gekommen. Daß die deutsche Regierung mit allen Mitteln bemüht ist, eine baldige Freilassung unserer Gefangenen zu erzielen, werden Sie aus den kürzlichen Ausführungen des Reichsministers des Auswärtigen in der Nationalversammlung erfahren haben. Die deutschen Frauen dürfen überzeugt sein, daß auch ich mein Herz an diese Sache gebängt und die Regierung nach Kräften in ihrem Vergehen beistehende habe.

Wir haben zwar bisher den gewünschten Erfolg in dieser Frage der künftigen Menschlichkeit nicht erreicht, das wird uns jedoch nicht abhalten, auch weiter auf unsere Verlangen zu beharren.

Denn in dem offenen Briefe ausgesprochenen Wunsch nach einem Vorgehen mehrerer ist nicht besser entsprechen zu können, als daß ich der Brief, dessen Worte in eindringlicher und unmittelbarer Weise das elementare Recht der Angehörigen auf Wiederkehr ihrer unermüdet zurückgekehrten Leben zum Ausdruck bringen, durch Ausspruch aller Welt, der Entente und dem neutralen Regierungen zur Kenntnis geze. gez. Oberst.

Verhinderte Preislenkung.

Die sozialdemokratische Fraktion stellte in der Nationalversammlung die Frage an die Regierung, was sie zu tun gedenke, um ihren Befehl zur Verhinderung der Lebensmittel durch die Kommunal- und Kreisverbände zur Durchführung zu bringen.

Aus vielen Orten wird nämlich mitgeteilt, daß von einer Preislenkung wenig oder gar nichts zu merken sei; die von der Regierung erwarteten günstigen Wirkungen trübten sich an dem Verhalten der Kommunal- und Kreisverwaltungen, wodurch die Preislenkung und Verengung unter der Arbeiterkraft und den unteren Beamten zugenommen, statt sich zu vermindern.

21 statt 40 Millionen.

In der letzten Zeit haben zwischen der Regierung und den Gegnern Verhandlungen über eine Preislenkung des jährlich an Vieh von uns zu liefernden Kohlenlieferungs festzulegen. Die jetzt der Minister Schmidt mitteilte, haben diese zu dem Ergebnis geführt, daß Deutschland nicht wie ursprünglich festgelegt, jährlich 40 Millionen Tonnen, sondern nur 21 Millionen Tonnen an die fraglichen Länder auszuführen braucht. Das ist immerhin ein Erfolg. Indes wird auch dadurch eine Verhinderung der Kohlennot bei uns nicht erzielt werden.

Der rheinische Spektakel.

Das rheinische Nachrichtenorgan „Agence Havas“ verbreitete am Sonnabend eine Meldung, wonach in Köln die „Nab-hängigen“ mit Dr. Dörten verhandeln, um die eventuelle Angliederung Rheinlands an Frankreich zu unterlassen. Hierzu schreibt die Freiheit: Wir können im Augenblick diese Nachrichten nicht nachprüfen, halten aber ihnen gegenüber die allgrößte Vorsicht für geboten. Die Unabgängige Sozialdemokratische Partei hat es als erste sofort nach dem Ausreten des kapitalistischen und konfessionellen Separatismus im Rheinland energig gegen diese Verlesungen Stellung genommen. Ihre Anhänger in den betreffenden Gebieten haben bisher dauernd gegen den Separatismus angekämpft und es ist höchst unangenehm, daß sich in dieser Zeitung eine Behauptung vollzogen haben sollte, die von der Partei scharf bekämpft werden mußte.

Ruhe in Luxemburg.

Aus Luxemburg wird gemeldet: Die in Luxemburg ausgebrochene Arbeiterrevolte sind vorläufig unterdrückt worden. Luxemburgisches und französisches Militär hat eingegriffen und die Ordnung teilweise wiederhergestellt, doch kann sie in jedem Augenblick wieder gestört werden. Der Grund in den Unruhen ist darin zu suchen, daß die Kammer ein Gesetz über Steuererhöhungen in Höhe von 400 Fr. in den Arbeiterlohn festsetzte, die als Entschädigung für die im Krieg erlittenen Verluste ausgesetzt werden sollten, nicht nach dem Wunsch der Arbeiter-masse angenommen, sondern die Steuererhöhung auf 200 Fr. verfestigt hatte. Darüber gerieten die Arbeiter, die zu mehreren Tausend vor dem Kammergebäude in Luxemburg versammelt waren, in Wut und ließen die Abgeordneten während der Nacht nicht aus dem Parlamentengebäude, zertrümmerten dessen Fenster, drangen ins Innere und mußten von dort mit Waffengewalt verjagt werden.

Deutsche Nationalversammlung.

Sitzung vom Sonnabend. Ein Antrag des Reichspräsidenten auf Genehmigung der Steuererhöhung des Abg. Dr. Geyer (W.) wegen Verletzung der deutschen Offiziere wird dem Unterausschuss des Geschäftsbearbeitungsausschusses entsprechend abgelehnt. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfes über ergänzende Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung in das Ausland.

Abg. Maschig (Dem.): Wir sind selbstverständlich gegen bereits alle Maßnahmen zu unterlassen, die geeignet sind, die Kapitalflucht zu unterstützen und wenn möglich wieder rückgängig zu machen, auch wenn es sich dabei um Maßnahmen handelt, an die früher niemand zu denken gewagt hat, z. B. die Auslastungsüberpflichtung von Banken.

Abg. Dr. Fischer (W.): Wir werden das Gesetz annehmen, da die Kapitalflucht mit allen Mitteln verhindert werden muß.

Abg. Dr. Braun-Frank (S.): Wir stimmen für das Gesetz, weil der Kapitalflucht endlich gesteuert werden muß.

Reichsfinanzminister Erzberger: Die schwierigere und verantwortungsvolle Arbeit wird das Reichsfinanzministerium nicht in Verbindung mit allen anderen Ministern, sondern auch mit den führenden Parteien vornehmen. Gerade diesen muß Gelegenheit zur Stellungnahme vor der endgültigen Entscheidung gegeben werden. Die von der Regierung beschlossenen Maßnahmen können keinen Kapitalzug hervorbringen, weil sie darauf gerichtet sind, die deutsche Wirtschaft zu sichern.

Damit schließt die Besprechung. Das Gesetz wird unter geringer Veränderung in der Ausschussfassung in zweiter und dritter Beratung angenommen. Auf Antrag Kamppe (W.) erfolgt es die Leberdrift „Gesetz gegen die Kapitalflucht“. Die Gesetze über eine außerordentliche Kriegsabgabe und über eine Kriegsabgabe von Vermögenswerten werden in dritter Beratung angenommen. Es folgt die dritte Beratung des Grundgesetzes über die neue Gesetzgebung. Ein Antrag der Reichspartei Solmann (S.) Vorlage (S.) Hoff (Dem.) will einen 5.7a einfügen, wonach die Steuer zur Hälfte erhoben wird, wenn der Steuerpflichtige Betrag bei bestimmten Grundstücken 20000 M. und bei unbauten Grundstücken 60000 M. nicht übersteigt.

Abg. Dr. Defers-Hessen (W.): Wir haben bei der zweiten Beratung ebenfalls den gleichen Antrag eingebracht. Er wurde von den Reichsparteien abgelehnt, obwohl ich es leicht haben ihn mit einer Veränderung in der mit ihnen gemeinsamen Form zustimmen. Sämtlich werden die Reichsparteien auch auf anderen Gebieten so rasch umlernen wie in diesem Falle.

Abg. Solmann (S.): Der Gedanke geht ja nicht von der Deutschen Volkspartei aus, sondern von uns, wie wir ihn bereits 1907 vertreten haben. Wir haben Dr. Defers Antrag nicht grundsätzlich bekämpft, sondern weil er eine einseitige Bevorzugung eines Teiles der Bevölkerung bedeutete.

Abg. Hoff (Dem.): Bei den Besprechungen meiner Partei mit dem Zentrum und der Sozialdemokratie über den vorliegenden Antrag ist mit keinem Worte die Rede von Dr. Defers Antrag gewesen.

Die Einführung des Artikels 7a wird beschlossen. Das Gesetz wird angenommen.

Es folgt die dritte Beratung des Bundeswarenerzeugengesetzes. Vor der Abstimmung erklärt der

Hg. Dr. Mumm (M.): Wir haben mitgearbeitet, können aber dem Gedanken der Monopolisierung...

Das Gesetz wird angenommen. In dieser Beziehung wird der Entwurf eines Spielarten-Gesetzes...

Weimarer Arbeit.

Aus Weimar wird uns geschrieben: Der letzte Ausschuss hat das Erbschaftsteuer-Gesetz verabschiedet...

Die nächste Sitzung der Nationalversammlung am heutigen Montag beginnt bereits um 10 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen ein neuer Anleihe-Credit für das Rechnungsjahr 1919...

Die Lage in Oberschlesien.

Aus Katowice meldet Wolff: Seit Sonnabend mittag 9 Uhr sind die Oberschlesischen Nicht- und Kraftwerke...

Auch in dem Ausmaß auf den Bergwerks- und Hüttenbetrieben, dem angeblich fast ununterbrochen noch weiterdauert...

Au welchen Umständen folgen die Verhütung der Massenflucht, jetzt wieder ein Verbot...

Politische Rundschau.

Politische Notizen. Die Mitglieder der deutschen gewerkschaftlichen Zentralverbände berätigt zurzeit über

Der Anchner Deitstanz.

Die Tanzzeit, die seit dem Ende des Krieges keineswegs allein in Deutschland, sondern auch in Frankreich, in England...

Als zu Anfang des 14. Jahrhunderts eine jener Pestepidemien, die jedesmal halb Europa durchzogen, erloschen war...

Unfrüher bestanden die Tänzer nur aus armen und wohlfeilheitlich auch wirklich kranken Menschen; nach und nach...

Unfrüher bestanden die Tänzer nur aus armen und wohlfeilheitlich auch wirklich kranken Menschen; nach und nach...

6 Millionen. — Der am Sonnabend in Basel zusammengetretene Parteitag der Schweizer Sozialdemokraten sprach sich...

Soziales.

Billige Schuhe? Wie die P. P. A. zuverlässig erfahren, wird die Verlongung der minderbemittelten Bevölkerung...

Wir wollen hoffen und wünschen, daß sich diese Maßnahme bewahrheitet.

Wohlfühlende und Wäschnerinnenfürsorge eine dauernde Einrichtung. Wie aus Weimar gemeldet wird, haben die Sozialdemokraten...

Als Wodeneß fallen gewählt werden 50 Mark Entbindungsgeld, Wodeneß in Höhe des Krankengeldes für die Dauer von acht Wochen...

Aus Stadt und Land.

Odenburg, 18. August.

In der Partei-Versammlung am letzten Sonnabend bei Waidhofen in Bürgerfeld wurde sich hauptsächlich mit Kom-

Einem Monat nach ihrem Einzug in Baden vertrieben sich die Landjuden, selbst in Baden nicht weniger als 500 Jünger...

Kleines feuilleton.

Die Karlsbader Beschlüsse. Hundert Jahre sind jetzt verstrichen, seitdem sich in Karlsbad die Vertreter der deutschen und der österreichischen Staaten...

Seit wir bemerkt. Doch im Kreislauf der Dinge alles einmal wiederkehrt, auch ein Weltakt aus dieser Welt...

munalpolitik beschäftigt. Der Wohlhabende Genosse Bloß gab den Bericht vom Gemeindevertriebe...

Stabsratskündigung. Dienstag den 19. August abends 6 Uhr, findet im Rathaus eine Sitzung des Magistrats...

Angelschiff. Der 5-jährige Sohn des Herrn Ganzen aus Odenburg geriet mit seinem Fahrrad unter einen schwer beladenen Wagen...

Ein eigenes Postfachdienst muß jeder Kaufmann, Handwerker und sonstiger Gewerbetreibender haben...

Die Verordnungsangelegenheiten erleiden in vielen Fällen eine recht erhebliche Verzögerung in der Bearbeitung...

Um diese Folgen zu vermeiden, ist es zweckmäßig, sich mit allen Anträgen mündlich an die amtlichen Vorposten zu wenden...

Soweit die Organisations- und Kriegsbeschäftigten und Hinterbliebenen der Interessen ihrer Angehörigen...

Antifische Polizeistelle für die Stadt Odenburg im Rathaus Zimmer Nr. 11.

Wahlfest. Wir erhalten eine Zuschrift, bei der wir folgen des entnehmen: Wie ich durch Zufall erfuhr, soll am 16. Juli bei Entschlossenheit gefaßt sein...

für wiederhol, schrieb er über das bei ähnlichen Zeitverhältnissen wie den heutigen dort vorgefundene Leben und Treiben...

Notizen. Der Deutsche Monistenbund hält seine Hauptversammlung vom 5. bis 8. September in Hannover ab...

Humor und Satire.

Ich weiß nicht, warum, sondern von meinen beiden Freunden ist wohl der Jule in ein entsetzliches Verfall...

